

**Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs**  
**Leitfragen zur Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern**

**Gesellschaft – Kirche – Religion**

Anders als auf der Landesebene spielen die Parteien als Institutionen der politischen Willensgestaltung in vielen kommunalen Gemeindevertretungen im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern nur eine untergeordnete Rolle. Unmittelbare Interessen, projektbezogenes Engagement und die Hinwendung zu Formen direkter Demokratie sind stärker ausgebildet als die Bindung an Parteien.

- 1. Welche Strategien verfolgen Sie und Ihre Partei, um demokratische Einstellungen unter den Menschen im Land zu stärken und demokratische Entscheidungsprozesse für den Einzelnen erfahrbar zu gestalten.**
- 2. Wo sehen Sie in den gegenwärtigen gesellschaftlichen (z.B. politischen, ökonomischen, kulturellen, demografischen) Entwicklungen im Bundesland die größten Gefahren für die Demokratie?**

In verschiedenen wissenschaftlichen Studien wurde die Bindung an die Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern als besonders gering beschrieben. Im Vergleich zu anderen Bundesländern befürworten überdurchschnittlich viele Menschen sozialdarwinistische, ausländerfeindliche oder antisemitische Thesen.

- 3. Welche konkreten Aufgaben ergeben sich für Sie auf diesem Hintergrund und welche Wege zur Demokratiebildung möchten zu verfolgen?**

Jeder sechste Bewohner in Mecklenburg-Vorpommern hält die Form der Diktatur für geeignet, Probleme zu lösen.

- 4. Welche Rolle spielt für Sie die Aufarbeitung der SED-Diktatur für die Stärkung eines demokratischen Gemeinwesens in unserem Bundesland?**

In Mecklenburg-Vorpommern gehören knapp 20% der Bevölkerung einer Religionsgemeinschaft an. Zugleich sind die Kirchen eine der wenigen Institutionen im Land, die in der Fläche präsent sind und gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen.

- 5. Welche Bedeutung hat Ihrer Meinung nach die Religion in ihrer institutionalisierten Form in unserer Gesellschaft und was heißt das für die Neutralität des Staates in Fragen der Religionsausübung?**

- 6. Wie interpretieren Sie die Aussage, „Religion sei Privatsache“ im Zusammenhang mit dem öffentlichen Auftrag der Kirchen?**

Die Kirchen verstehen sich selbst auch als zivilgesellschaftlicher Akteur. Das Projekt TEO der schulkooperativen Arbeit oder die Regionalzentren für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern können als gelungene und innovative Beispiele der Zusammenarbeit zwischen Kirchen und Bundesland bezeichnet werden. Die Kirchen sind in vielen Beiräten und Beratungsgremien des Landes vertreten.

- 7. An welchen gesellschaftlichen Schnittpunkten haben Sie als politische Verantwortungsträger Erwartungen an die Kirchen (bzw. die anderen**

**Religionsgemeinschaften) des Landes und wie würden Sie Ihre Position gegenüber den öffentlichen Aufgaben der Kirchen beschreiben?**

Im Sommer 2010 musste durch eine neue Landesverordnung die sogenannte Bäderregelung korrigiert werden, nachdem die Kirchen den Schutz der Sonn- und Feiertage eingeklagt hatten und die alte Regelung durch das Oberverwaltungsgericht Greifswald verworfen worden war.

**8. Wo sehen Sie eine inhaltliche Übereinstimmung mit der Position der Kirchen zum Sonntagsschutz und wo widersprechen Sie?**

**9. Wie stehen Sie zu gesetzlich eingeschränkten Ladenöffnungszeiten? Würden Sie sich für eine Änderung der bestehenden Gesetzeslage einsetzen?**

## **Gesundheit – Ethik**

Im Jahr 2010 wurden in Mecklenburg-Vorpommern auf 171.774 m<sup>2</sup> Ackerfläche gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut bzw. freigesetzt<sup>1</sup>. Die dafür verwendete Fläche war damit größer als die aller anderen Bundesländer zusammen.

**10. Wie positionieren Sie sich gegenüber dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen und welche Risiken sehen Sie hierbei?**

Zahlreiche Tierhaltungsanlagen mit hohen Produktionszahlen befinden sich gegenwärtig in einem Genehmigungsverfahren.

**11. Beschreiben Sie die Potentiale oder die Gefahren, die aus Ihrer Sicht in dieser intensiven Tierhaltung für eine umweltverträgliche und ethisch zu verantwortende Tierhaltung liegen.**

**12. Welche Meinung würden Sie in einem politischen und gesellschaftlichen Dialog über die gesetzlich vorgegebenen Bedingungen zur artgerechten Haltung von Tieren vertreten?**

In der Bundesrepublik Deutschland wird gegenwärtig kontrovers über eine begrenzte Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID) diskutiert.

**13. Wie stehen Sie zur PID und welche Grenzen würden Sie ziehen?**

Die Zahl der älteren und pflegebedürftigen Menschen nimmt zu. Gerade Mecklenburg-Vorpommern ist in großem Maße von dieser demografischen Entwicklung betroffen.

**14. Wie soll in Zukunft die erforderliche Anzahl von Plätzen für Pflegebedürftige im Bundesland erhalten und geschaffen werden? Wie soll die Finanzierung sichergestellt und wie die Qualität der Betreuung durch Fachkräfte gesichert werden?**

**15. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um ein würdiges Leben im Alter zu ermöglichen und die von der Pflege betroffenen Familien zu entlasten?**

---

<sup>1</sup> Quelle: Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit

## **Energie – Umwelt**

Zu dem mit Bundesmitteln eingerichteten atomaren Zwischenlager Nord bei Lubmin erfolgten im Winter 2010/11 zwei Castor-Transporte, nachdem das Bundesamt für Strahlenschutz die zunächst untersagte Einlagerung radioaktiver Abfälle aus Westdeutschland genehmigt hatte. Alle Fraktionen des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern haben sich gegen die Castor-Transporte nach Lubmin ausgesprochen. Die Betreibergesellschaft EWN (Energiewerke Nord) hat beim Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern beantragt, die Befristung für die Einlagerung radioaktiver Stoffe zu verlängern. Ein Rechtsgutachten hat dargestellt, dass der erforderliche Schutz gegen Störungen oder Einwirkungen Dritter nicht gewährleistet ist. Nach der Reaktorkatastrophe in Japan wird verstärkt der schnellstmögliche Ausstieg aus der Atomenergie gefordert.

Zugleich gibt es unterschiedliche Interessen im Blick auf den Ausbau von Windkraftanlagen oder der Bioenergie aus der Sicht der Energiewirtschaft, der Ökologie, des Tourismus und der Landwirtschaft.

**16. Welche Auswirkungen haben aus Ihrer Sicht der Transport und die Lagerung radioaktiver Abfälle in Mecklenburg-Vorpommern und welche Handlungsoptionen sehen Sie für Ihre Politik?**

**17. Welche energiepolitische Positionen vertreten Sie?**

**18. Wie bewerten Sie den Anbau von Mais und anderen Pflanzen zur Energiegewinnung?**

## **Integration und Umgang mit Menschen aus anderen Kulturen**

Die Zahl der Asylbewerber ist seit 2006 kontinuierlich gestiegen. Für das erste Quartal 2011 werden 10.500 Erstantragsteller erwartet; nach dem Königsteiner Schlüssel würden circa 220 Menschen nach Mecklenburg-Vorpommern kommen. Ob und in welchem Umfang Flüchtlinge aufgrund der politischen Situation aus Nordafrika nach Deutschland kommen, ist noch nicht abzusehen. Gegebenenfalls müssten kurzfristig zusätzliche Aufnahmekapazitäten geschaffen werden. In Mecklenburg-Vorpommern wurden in den vergangenen Monaten Unterbringungskapazitäten erweitert und neu geschaffen. Es stehen etwa 2.070 Plätze in Gemeinschaftsunterkünften zur Verfügung. Die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften ist nach § 53 Asylverfahrensgesetz der gesetzliche Regelzustand. Dezentrale Unterbringungen sind aus medizinischen, familiären und weiteren Gründen möglich.

**19. Wie bewerten Sie die Forderungen nach einer dezentralen Unterbringung?**

Die Kirchen setzen sich seit vielen Jahren dafür ein, dass in Deutschland geduldeten Menschen, die seit geraumer Zeit hier leben und Integrationsleistungen erbracht haben, eine Bleiberechtigungsprospektive eröffnet wird. Derzeit wird dies für gut integrierte Jugendliche auf den Weg gebracht. Eine umfassende Lösung des Problems von Kettenduldungen steht aus Sicht der Kirchen jedoch noch aus. Durch immer neue befristete Duldungen fehlt eine klare Zukunftsperspektive für Menschen, die sich in unserem Land integrieren möchten.

**20. Welche Stellung beziehen Sie zu Fragen des Bleiberechtes und zur Beendigung von Kettenduldungen?**

- 21. Wie kann es gelingen, dass Zuwanderer schnell Zugang zu Sprache und Beruf erhalten?**
- 22. Was denken Sie über Flüchtlinge, die sich in Mecklenburg-Vorpommern illegal aufhalten?**
- 23. Wie schätzen Sie die ab dem 1. Mai 2011 geltende Freizügigkeit gegenüber Polen ein?**

## **Lebensräume**

Mecklenburg-Vorpommern hat heute rund 1,65 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Nach der mittleren Annahmevariante der 4. Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung wird das Land im Jahr 2030 nur noch rund 1,45 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner haben. Im Verhältnis zu heute wäre dies ein Rückgang um 12%. In einigen Regionen werden die Einwohnerzahlen noch weit stärker sinken, bis zu 35%.<sup>2</sup>

Diese Veränderungen werden vor allem immense Auswirkungen auf die mittelständische Wirtschaft sowie das Gesundheits- und Bildungssystem des Landes haben.

- 24. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht zu ergreifen, um mit den Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs angemessen umzugehen?**
- 25. Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Entwicklung der ländlichen Räume im Bundesland? Welche ökonomischen Strategien sehen Sie als sinnvoll an (Regionalisierung, Zentralisierung)? Wie kann es gelingen, eine Infrastruktur zu erhalten, die die Lebensqualität in den von Abwanderung am stärksten betroffenen Regionen für die Zukunft sichert?**
- 26. In welchem Maße ist eine Zentralisierung von Verwaltung und öffentlichen Einrichtungen sinnvoll, ohne dass demokratische Teilhabe erschwert bzw. verhindert und ohne dass das Leben in den betroffenen Regionen unzumutbar erschwert wird?**
- 27. Wie kann die Gestaltungsfähigkeit der Kommunen in ihren Pflichtaufgaben als auch in ihren freiwilligen Aufgaben gesichert werden?**
- 28. Welchen Stellenwert nimmt aus Ihrer Sicht die Stärkung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ein? Wie kann die Qualität und die Nachhaltigkeit dieser Arbeit jenseits von Projektförderungen dauerhaft gesichert werden?**
- 29. Welche Schwerpunkte setzen Sie in der Kulturförderung des Landes?**
- 30. Wie begegnen Sie der strukturellen Armut in bestimmten Regionen des Bundeslandes?**
- 31. Auf welche Weise wollen Sie das Gespräch mit den Bürgern aufnehmen und vor allem Bürger in ländlichen Regionen an Entscheidungsprozessen beteiligen?**

---

<sup>2</sup> Im Vergleich zu den Bevölkerungszahlen von 2006. Quelle: 4.Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung.

## **Arbeitsmarkt und soziale Situation**

- 32. Welche konkreten Einflüsse hat ihrer Meinung nach die wirtschaftliche Situation im Land auf die soziale Situation der hier lebenden Menschen?**
- 33. Welche Strategien verfolgt ihre Partei im Themenfeld Arbeitsmarktpolitik, um dem Wegzug von Fachkräften entgegenzuwirken?**
- 34. Welche Wirtschaftsbereiche wollen Sie überdurchschnittlich fördern und was erwarten Sie sich davon für die Lebensqualität der Menschen?**
- 35. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Arbeitsmarktsituation im Land strukturell und langfristig auch für Langzeitarbeitslose und gering Qualifizierte zu verbessern?**
- 36. Wie sollen diese Maßnahmen finanziert werden?**

## **Bildung und Erziehung**

Gemäß Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland legt Religionsunterricht Wert auf den Erwerb von Wissen und Aneignung von Kompetenzen. Auf dieser Grundlage hat das Land Mecklenburg-Vorpommern den Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach in das Schulgesetz aufgenommen und dies mit den Kirchen staatsvertraglich vereinbart.

- 37. Wie stehen Sie zum Religionsunterricht als ordentlichem Unterrichtsfach?**
- 38. Welchen Stellenwert haben aus Ihrer Sicht Schulen in freier Trägerschaft und wie stehen Sie zu einer Gleichbehandlung aller Trägerformen?**
- 39. Wie beurteilen Sie die Beteiligung der Gesellschaft an der Bildungsverantwortung des Staates?**

Die Zahl von Jugendlichen, die die Schule ohne einen Abschluss verlassen, ist besonders in unserem Bundesland erschreckend groß (12,4%). Kinder und Jugendliche in ländlichen Plattenbaugebieten haben aufgrund fehlender Kinder- und Jugendangebote und mangelnder finanzieller Möglichkeiten der Eltern oft keinen Zugang zu Bildungsangeboten jenseits der Schule.

- 40. Wie beurteilen Sie die Bildungsgerechtigkeit in Mecklenburg-Vorpommern und welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht zur Verbesserung dieser notwendig?**
- 41. Welche notwendigen Schritte sehen Sie für die Umsetzung der Inklusion an den Schulen, wie sie von der UN-Konvention und durch EU-Richtlinien gefordert wird.**

**1.4.2011**